

SP SCHWEIZ GESCHÄFTSBERICHT 2014 – 2015

Verabschiedet von der Geschäftsleitung am 30.09.2016
zuhanden Parteitag 3./4. Dezember 2016 in Thun

Der Geschäftsbericht 2014 - 2015, verfasst in der jeweiligen Muttersprache des/der VerfasserIn,
ist aus Kostengründen nur elektronisch verfügbar und wird nicht mehr gedruckt und verschickt.
Er kann unter www.spschweiz.ch/parteitag heruntergeladen werden.



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	1
Präsidium, Geschäftsleitung, Delegiertenversammlungen & Parteitage	2
Eidgenössische Wahlen 2015	6
Rapport du Groupe socialiste aux Chambres fédérales.....	8
Juso Schweiz.....	10
Femmes socialistes.....	12
SP60+	14
Commission spécialisée de la politique sociale et de la santé.....	16
Fachkommission Verkehr und Kommunikation.....	17
Fachkommission Umwelt, Raumplanung und Energie	18
Fachkommission Wissenschaft, Bildung und Kultur.....	19
Fachkommission für Migration und Integration.....	20
Fachkommission Staat und Recht.....	21
Fachkommission für sexuelle Orientierung und Geschlechts-identität.....	22
Fachkommission Wirtschaft und Finanzen	23
Fachkommission Landwirtschaft.....	24
Fachkommission für Aussenpolitik	25
Subkommission Schweiz – EU.....	27
Fachkommission für Frieden und Sicherheit.....	28
Bildung in den Jahren 2014 und 2015.....	29
Mitgliederentwicklung	30

Präsidium, Geschäftsleitung, Delegiertenversammlungen & Parteitage

Präsidium:

Am Parteitag vom 28. Juni 2014 in Winterthur haben die Delegierten das Präsidium der SP Schweiz für eine weitere zweijährige Amtszeit bestätigt. Die Zusammensetzung blieb in der Berichtsperiode bis auf eine Person unverändert: Christian Levrat (Präsident), sowie die Vize-PräsidentInnen Andy Tschümperlin (als Fraktionspräsident von Amtes wegen), Marina Carobbio, Jacqueline Fehr, Barbara Gysi und Géraldine Savary. Der abtretende Vize-Präsident David Roth wurde am Parteitag in Martigny von Fabian Molina (neu) ersetzt. In ihrer Funktion als Generalsekretärinnen gehören ausserdem Leyla Gül und Flavia Wasserfallen dem Präsidium an. Das Präsidium traf sich im zweiwöchentlichen Rhythmus und führte zwei zweitägige Retraiten sowie vier ganztägige Retraiten durch.

Das Jahr 2014 begann mit einem für die Schweiz weitreichenden Volksentscheid mit der knappen Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative der SVP am 9. Februar. In der gesamten Berichtsperiode beschäftigte die Frage der Umsetzung, der Auswirkungen auf die langfristige Europapolitik und die Folgen für die Wirtschaft das Präsidium, die Geschäftsleitung und auch die Delegierten.

In seinen Sitzungen behandelte das Präsidium die laufenden politischen Geschäfte, basierend auf den Entscheidungen der Geschäftsleitung, der Delegiertenversammlung und des Parteitages. Zu den ständigen Traktanden im Präsidium 2014/2015 gehörten die Arbeiten zum Abschluss der Wahlstrategie, des Wahlkampagnenkonzepts sowie der Wahlplattform zuhanden der beratenden und beschliessenden Gremien. Zur Vorbereitung der Wahlstrategie wurde ausserdem jede Kantonalpartei von einem Präsidiumsmitglied in Begleitung einer Generalsekretärin besucht, meistens in Form einer Teilnahme an einer Sitzung der kantonalen Geschäftsleitung. Diese Besuche haben dazu gedient, die Situation im jeweiligen Kanton zu analysieren und die Wahl- und Kampagnenziele sowie die Grundzüge der Wahlkampagne zu diskutieren. Ein weiterer Teil der Arbeit des Präsidiums war die Begleitung der laufenden Abstimmungskampagnen sowie die Verabschiedung einzelner Vernehmlassungsantworten im Auftrag der Geschäftsleitung. Für 2014 beschloss das Präsidium im Übrigen die erstmalige Durchführung der Sommeruni der SP Schweiz, welche vom 8. bis 10. August 2014 in Chandolin erfolgreich durchgeführt und 2015 wiederholt wurde.

Geschäftsleitung:

Als frei gewählte Geschäftsleitungsmitglieder wurden am Parteitag in Winterthur Mario Carera und Vera Ziswiler bestätigt und Filippo Rivola neu gewählt. Die GL der SP Schweiz setzt sich ausserdem aus den Mitgliedern des Präsidiums, je zwei Delegierten der SP Frauen und der Juso, den Präsidenten der drei grössten Kantonalparteien, zwei KoKo-Vertretern sowie dem Präsidium der SP 60+ (ohne Stimmrecht) zusammen.

In der Berichtsperiode tagte die Geschäftsleitung an 16 ordentlichen Halbtagsitzungen sowie an zwei zusätzlichen Ganztagsitzungen. Zu Beginn der Berichtsperiode prägten die Diskussionen um den Abschluss der Wahlstrategie sowie die Behandlung und Genehmigung des Wahlkampagnenkonzepts die Arbeiten in der GL. Darauf aufbauend erarbeitete die GL den Vorschlag der Wahlplattform zuhanden des a.o. Wahlparteitags. Die GL diskutierte und verabschiedete in dieser Zeit ausserdem mehrere Dutzend Vernehmlassungsantworten für die SP Schweiz. Zudem verfasste sie verschiedene Positionspapiere und Resolutionen zuhanden von Delegiertenversammlungen und Parteitag. Insbesondere die Vorbereitung des ordentlichen Parteitags 2014 in Winterthur mit der Verabschiedung des Papiers zur Steuergerechtigkeit sowie

die Vorbereitungsarbeiten für den a.o. Parteitag 2015 mit der Verabschiedung der Wahlplattform forderte seitens der GL-Mitglieder grosses Engagement. Nach den Wahlen 2015 folgten die Arbeiten zur Analyse des Ergebnisses und eine erste Auswertung der Basiskampagne 2015.

Delegiertenversammlungen, Parteitag und Wahlveranstaltung

Delegiertenversammlung vom 29. März 2014

Die erste Delegiertenversammlung im Jahr 2014 fand im bernjurassischen Dorf Malleray, am Tag vor den Gesamterneuerungswahlen im Kanton Bern statt. Der 9. Februar und dessen Konsequenzen für die Schweizer Europapolitik standen weit oben auf der Traktandenliste. Präsident Christian Levrat eröffnete die Versammlung mit einer Grundsatzrede zum aktuellen Thema Europa. Die SP lasse sich ihre Europapolitik nicht von den politischen Gegnern diktieren, so Levrat. «Die Europadebatte wird mit dem Volk und durch das Volk geführt». Hier muss und wird die SP ansetzen, denn der bisherige bilaterale Weg ist mit dem 9. Februar an sein Ende gelangt. Deshalb müssen jetzt alle Optionen objektiv und ergebnisoffen geprüft werden. In der darauf folgenden, sehr engagiert und konstruktiv geführten Debatte zeigte sich, dass die SP-Basis die Position der Parteileitung in weiten Teilen unterstützt. Sie nahm die europapolitische Resolution der GL mit nur zwei Enthaltungen an und unterstützte auch einen ähnlich lautenden Antrag der Kantonalparteien Graubünden und St. Gallen mit grosser Mehrheit. Weiter erteilten die Delegierten der Geschäftsleitung den Auftrag, ein Initiativprojekt unter dem Arbeitstitel «Familien echt entlasten – für mehr Verteilergerechtigkeit» auszuarbeiten. Der Antrag, auf ein eigenes SP-Initiativprojekt zu verzichten, wurde mit grosser Mehrheit abgelehnt. Die Parolenfassung zu den Abstimmungen vom 18. Mai ergab folgende Ergebnisse: Ja zur Mindestlohn-Initiative, Nein zum Gripen-Kauf, Nein zur Pädophilie-Initiative sowie Ja zum Hausarzt-Artikel.

Ordentlicher Parteitag vom 28. Juni 2014

Mit der Behandlung und Verabschiedung des Grundsatzpapiers zur Steuergerechtigkeit stellte die SP ihr Engagement für ein gerechtes und nachhaltiges Steuersystem ohne Schlupflöcher in den Mittelpunkt des eintägigen Parteitags in Winterthur. Die Frage, wie die am 9. Februar angenommene Zuwanderungs-Initiative umgesetzt werden soll, stand im Mittelpunkt der Rede von Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Bundesrat Alain Berset betonte in seiner Rede die grosse Bedeutung von Kultur und Sprache für den Zusammenhalt der mehrsprachigen Schweiz. . Gleiches gelte für die AHV, das wichtigste Sozialwerk der Schweiz. Unter dem Applaus der SP-Delegierten erklärte Alain Berset, das zentrale Ziel der laufenden Altersreform sei es, die Höhe der Renten für die Zukunft zu sichern. Als Folge der zahlreichen Skandale und Affären rund um den Nachrichtendienst zeigte sich der Parteitag äusserst kritisch im Hinblick auf die Revision des Nachrichtendienstgesetzes. Ausserdem nahm der Parteitag eine Resolution der SP Appenzell Innerrhoden deutlich an, die bei der Büpf-Revision die Streichung der Staatstrojaner sowie den Verzicht auf eine Verlängerung der Vorratsdatenspeicherung fordert. Im Rahmen der ordentlichen Gesamterneuerungswahlen bestätigte der Parteitag das Präsidium der SP Schweiz einstimmig per Akklamation. Für den frei gewordenen Sitz in der Geschäftsleitung wurde der Waadtländer Filippo Rivola gewählt. Im Hinblick auf die Abstimmungen vom 28. September beschloss der Parteitag einstimmig die Ja-Parole für die Initiative für eine öffentliche Krankenkasse sowie die Nein-Parole zur Gastro-Initiative.

Delegiertenversammlung vom 25. Oktober 2014

Hauptthemen der Delegiertenversammlung in Liestal waren das Agglomerations-Projekt der SP sowie das weitere Vorgehen nach Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative. Mit einer Diskussion und der Verabschiedung einer Resolution ergänzt mit einem Referat von Matthias

Daum startete die SP das Agglo-Projekt. Mit diesem Projekt sollen die Sektionen schweizweit vernetzt und der Austausch über gelungene Projekte gefördert werden. Nach sehr angeregter Debatte verabschiedete die Delegiertenversammlung mit grosser Mehrheit ein Positionspapier mit Vorschlägen der SP für die Umsetzungsdebatte rund um den Artikel 121a BV. Die Delegierten waren sich in den wichtigsten Punkten einig: Die SP duldet keine Kontingente, sie fordert eine PFZ-kompatible Umsetzung und will die Wirtschaft in die Pflicht nehmen. Bundesrat Alain Berset rief die rund 220 Delegierten dazu auf, die verbreitete Verunsicherung ernst zu nehmen – aber auch die richtigen Schlüsse zu ziehen und beispielsweise die bessere Integration der Älteren in den Arbeitsmarkt oder die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fordern. Für die Abstimmungen vom 30. November fassten die SP-Delegierten drei Mal einstimmig ihre Parole: JA zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung, NEIN zu Ecopop und NEIN zur Gold-Initiative.

Ausserordentlicher Wahlparteitag vom 14. Februar 2015

Der ausserordentliche und eintägige Wahlparteitag fand in Martigny (VS) statt. Schwerpunkt bildete die Diskussion und Verabschiedung der Wahlplattform 2015. Ausgehend von der Frage nach der Erhöhung der Lebensqualität in der Schweiz formulierten die Delegierten 10 handfeste Antworten. SP-Präsident Christian Levrat betonte in seiner Rede die Bedeutung der anstehenden Wahlen: „Diesen Herbst entscheidet sich, wohin die Schweiz steuert. In die Isolation und die Wirtschaftskrise, wie es die rechten Parteien wollen oder hin zu einer Schweiz der Offenheit, Gerechtigkeit und Solidarität, wie es die SP will“. Mit grossem Applaus wählte der SP-Parteitag Fabian Molina als Nachfolger von David Roth zum neuen Vizepräsidenten der Partei. Mit Blick auf die Aktualität verabschiedete der SP-Parteitag ausserdem ein Paket von Resolutionen zur Frankenstärke. Zentrales Element war die Aufforderung an die SNB, rasch einen neuen faktischen Mindestkurs von mindestens 1.15 Franken zu garantieren. Schliesslich beschlossen die Delegierten zwei Mal einstimmig die Nein-Parole für den 8. März. Nein zur teuren und unsozialen CVP-Familieninitiative sowie Nein zur Energiesteuer-Initiative.

Delegiertenversammlung vom 25. April 2015

Aus aktuellem Anlass beschäftigten sich die Delegierten an der DV in Bern mit der Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer und der hilflosen Reaktion der europäischen Politik. SP-Nationalrätin Ada Marra verlas hierzu eine Erklärung der Solidarität und des Mitgeföhls und forderte die Delegierten zu einer Schweigeminute auf. «Als Mitglied von Schengen/Dublin trägt die Schweiz Verantwortung für das, was an Europas Grenzen geschieht», hielt Christian Levrat in seiner Rede fest. «Europas Ziel muss sein, möglichst viele Leben zu retten und nicht, die Grenzen möglichst dicht zu machen». An der DV wurde ausserdem eine Resolution zum verstärkten Schutz der älteren Arbeitnehmenden auf dem Arbeitsmarkt verabschiedet. Die Diskussion und Verabschiedung eines Massnahmenpapiers zur Durchsetzung der Lohngleichheit stand im Zentrum der DV. Im Hinblick auf die Abstimmungen vom 14. Juni 2015 beschlossen die Delegierten drei Mal die Ja-Parole: Ja zur Erbschaftssteuer-Initiative, Ja zur Stipendieninitiative sowie Ja zum RTVG. Für den PID-Verfassungsartikel beschlossen die SP-Delegierten nach einer langen und gehaltvollen Diskussion mit 89 zu 86 Stimmen hingegen Stimmfreigabe.

Nationale Wahlveranstaltung vom 12. September in Turgi

Für die nationale Wahlveranstaltung wählte die SP sowohl ein symbolisches Datum wie auch einen symbolischen Ort. Der Anlass fand am 12. September, am Geburtstag der demokratischen Schweiz, auf einer historischen Holzbrücke in Turgi statt. Dabei durfte die SP als internationalen Gast Martin Schulz, Präsident des Europaparlaments, begrüssen, der mit einer engagierten Rede die aus der ganzen Schweiz angereisten Kandidierenden, Kampagnen-Mitarbeitenden und Parteimitglieder begeisterte. Mit dem Auftritt des Historikers Jakob Tanner wurde zudem die historische Komponente des Anlasses gewürdigt. Die SP als grösste Partei des progressiven

Lagers sieht sich auch 167 Jahre nach Gründung der modernen Schweiz in der Verantwortung, die demokratische Schweiz von 1848 gegen die feudale Schweiz von 1291 zu verteidigen. Einen Auftritt auf der alten Holzbrücke in Turgi hatten auch Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga und Bundesrat Alain Berset. Sie betonten in gehaltvollen Ansprachen am Beispiel der Asylreform und der Altersreform 2020, wie vorausschauende Politik funktioniert. In seiner Wahlkampfreden rief Parteipräsident Christian Levrat zum Schluss alle Genossinnen und Genossen auf, der SP zum Wahlsieg zu verhelfen und gegen den drohenden Rechtsrutsch zu kämpfen, damit die offene, soziale und fortschrittliche Schweiz gestärkt werden kann.

Delegiertenversammlung vom 5. Dezember 2015

An der DV in St. Gallen debattierten die Delegierten engagiert ein Positionspapier zur Internetpolitik. Die SP ist damit die erste grosse Partei, die sich inhaltlich vertieft mit diesem Thema entlang der Grundwerte Solidarität, Chancengerechtigkeit, Teilhabe, Mitbestimmung und Service Public auseinandergesetzt hat. Dabei wurden konkrete Massnahmen diskutiert, die das Ziel verfolgen, die Chancen des Internets für alle zu erhöhen und die Risiken zu minimieren. Um Freiheit und Privatsphäre ging es auch beim Nachrichtendienstgesetz. Nach einer fairen und breiten Debatte entschieden sich die Delegierten, das von der Allianz „Nein zum Schnüffelstaat“ lancierte Referendum gegen das NDG zu unterstützen. Unumstritten war die Lancierung der Transparenz-Initiative, welche zum Ziel hat, Licht ins Dunkel der Kampagnen- und Parteienfinanzierung zu bringen. Die Initiative „Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung“ wurde schliesslich im Frühling 2016 lanciert. Im Hinblick auf die Abstimmungen vom 28. Februar 2016 fassten die SP-Delegierten drei Mal die Nein- und einmal die Ja-Parole. Einstimmig fiel das Nein zur zweiten Gotthard-Röhre sowie zur SVP-Durchsetzungsinitiative aus. Mit einer Gegenstimme wurde auch die CVP-Ehe-Initiative abgelehnt, die Spekulationsstopp-Initiative unterstützen die SP-Delegierten ohne Gegenstimme. Schliesslich wurde der nach der Wahl von Jacqueline Fehr in den Zürcher Regierungsrat frei gewordene Sitz im Präsidium neu besetzt. Der Basler Nationalrat Beat Jans wurde per Akklamation zum Vizepräsidenten der SP Schweiz gewählt.

Eidgenössische Wahlen 2015

Wahlresultate

Bei den Wahlen 2015 vom 18. Oktober erreichte die SP mit 18,8% ein leicht besseres Ergebnis als vor vier Jahren (+0,1%). Auch wenn das Ziel von 20% WählerInnenanteil nicht erreicht werden konnte, ist das Ergebnis – auch mit Blick auf das Abschneiden anderer sozialdemokratischer Parteien in Europa – gut. Während sich die SP behaupten kann, geht das Mitte-links-Lager insgesamt leider geschwächt aus dieser Wahl hervor.

Im Nationalrat verliert die SP je einen Sitz in den Kantonen Aargau, Fribourg, Schwyz, Waadt und Wallis und gewinnt im Kanton Zürich zwei Sitze dazu. Im Aargau und im Wallis sind die Sitzverluste äusserst knapp und besonders ärgerlich, weil in beiden Kantonen aufgrund der letzten Bevölkerungsstatistik ein Mandat mehr zu vergeben war. In Basel-Stadt und Luzern ist es derweil um wenige Stimmen nicht gelungen, einen zusätzlichen Sitz zu gewinnen. Das führt im Nationalrat insgesamt zu einem Netto-Verlust von 3 Sitzen. Wegen deutlichen Sitzgewinnen von SVP und FDP stellt die Rechte inklusive MCG und Lega mit 101 Sitzen neu eine absolute Mehrheit im Nationalrat. Sitzverluste mussten auch die Grünen (-4), die Grünliberalen (-5) sowie die BDP (-2) hinnehmen.

Sehr erfolgreich war die SP bei den Wahlen in den Ständerat: Dort ist die SP mit 11 Bisherigen angetreten und konnte diese Sitze verteidigen. Davon 5 im zweiten Wahlgang, teils im Duell gegen die SVP – wie in Bern, Fribourg, Solothurn oder St. Gallen. Ein Sitzgewinn konnte in Zürich bereits im ersten Wahlgang mit Daniel Jositsch realisiert werden. Die SP stellt neu 12 Ständerätinnen und Ständeräte und war in ihrer Geschichte in der kleinen Kammer noch nie so stark. Damit ist die SP auf Augenhöhe mit der CVP und der FDP, die je 13 Mandate innehaben.

Vergleicht man die Ergebnisse von 2007, 2011 und 2015 erkennt man in vielen Kantonen einen Zusammenhang: In den Kantonen, in welchen die SP 2011 dazu gewonnen hat, verliert sie 2015 wieder. Das gleiche gilt auch in die andere Richtung: In den Kantonen, in welchen die SP 2011 verloren hat, legt sie wieder zu.

Sehr erfreulich aus Sicht der Gesamtpartei – und wichtig mit Blick auf den nationalen Wähleranteil – war das Antreten zu den Nationalratswahlen in beiden Appenzell sowie im Kanton Glarus. In diesen drei Kantonen hat die SP ein gutes Resultat erzielen können, in Appenzell Ausserrhoden und Glarus war sogar ein Sitzgewinn in Reichweite. In den Kantonen Uri, Obwalden und Nidwalden ist die SP nicht angetreten.

In den acht grössten Städten erreicht die SP im Schnitt 28,5% und legt um 1,9% zu. Berücksichtigt man die 20 grössten Städte, kommt die SP immer noch auf einen Schnitt von 26,7% und ein Plus von 0,5%. Frappant sind die Ergebnisse in den grossen Städten der Deutschschweiz: Zürich 31,3% (+2,7%), Basel 33,3% (+4,2%), Bern 34,2% (+3,7%). Auch in Luzern (+3,9% auf 25,8%) und Chur (+3,7% auf 26%) legte die SP deutlich zu, in Biel (32%) und St. Gallen (28,1%) stagniert sie auf hohem Niveau.

Diesem Zuwachs in den Städten stehen Verluste auf dem Land und insbesondere in den Agglomerationen gegenüber. Die Agglomerationen sind in den letzten zehn bis zwanzig Jahren deutlich nach rechts gekippt, was sich auch bei Abstimmungen (z.B. MEI) zeigt.

Dach- und Basiskampagne

Das inhaltliche Dach der Wahlkampagne bildete die am Wahlparteitag in Martigny verabschiedete **Wahlplattform**. Diese zeigte anhand von zehn konkreten Vorhaben, Forderungen und Projekten auf, wie wir unsere Ziele, Werte und Ideale in unserer politischen Arbeit umsetzen. Sichere Renten, bezahlbare Wohnungen und Löhne, von denen man anständig leben kann – für alle. Der schon bei den letzten Wahlen 2011 eingesetzte Slogan «Für alle statt für wenige» wurde auch in diesem Wahlkampf eingesetzt und hat sich bei den Kantonalparteien, Sektionen, Kandidierenden und Mitgliedern sehr gut etablieren können.

Für die Wahlkampagne stand ein Budget von 1,4 Millionen Franken zur Verfügung. Im Wesentlichen gliederte sie sich in zwei Elemente: Die Dach- und die Basiskampagne. Wie bereits 2011 führte die SP Schweiz eine nationale **Dachkampagne**. Das Ziel war ein einheitlicher und wiedererkennbarer Auftritt der SP in der ganzen Schweiz. Einige Dienstleistungen richteten sich vor allem an die Kantonalparteien. Dazu gehören beispielsweise das Bestellen von Giveaways, der schweizweite Plakataushang in den Wochen vor dem Wahltag, die Wahlzeitung mit kantonalen Splittings oder die Möglichkeit, kostenlos Aktionsflyer und Plakate fürs Wildplakatieren zu beziehen.

Andere Angebote der Dachkampagne richteten sich auch oder ausschliesslich direkt an die rund 300 Kandidierenden. Dazu gehört das Erscheinungsbild, das wir dir in Form eines übersichtlichen Manuals sowie Layout-Vorlagen zur Verfügung gestellt haben. Zudem hatten die Kandidierenden die Möglichkeit, ihre Drucksachen bei uns zu günstigen Preisen layouten zu lassen. Damit, dem attraktiven Angebot für eine persönliche Website, den Kandidierenden-Fotos und mit weiteren Dienstleistungen konnte der wiedererkennbare Auftritt der Partei sichergestellt und der Wahlkampf in den Kantonen massgeblich unterstützt werden.

Neben der bewährten Dachkampagne ging die SP Schweiz mit der **Basiskampagne**, die in dieser Form erstmals durchgeführt wurde, gleichzeitig auch neue Wege. Wir haben dabei auf das gesetzt, was die SP und ihre Stärke ausmacht: Menschen – auf unsere über 30'000 Mitglieder. Dabei hat sich einmal mehr gezeigt, dass die SP die aktivste Basis aller Parteien hat: Fast 5000 SP-Mitglieder haben sich in irgendeiner Form beteiligt und vor den Wahlen mit insgesamt 100'000 Wählerinnen und Wählern gesprochen.

Neben den Gesprächen in der Nachbarschaft, am Familientisch und im Quartier ist dies vor allem am Telefon geschehen. Organisiert und datenbankgestützt, mit einem eigens dafür entwickelten und intuitiv bedienbaren Web-Tool. In der heissen Phase gab es in der ganzen Schweiz über 170 Telefonanlässe. Die Basiskampagne hat mobilisiert, so viele Genossinnen und Genossen in den Wahlkampf involviert wie schon lange keine nationale Kampagne mehr und die Kampagnenfähigkeit der SP nachhaltig gestärkt. Auch gab es zahlreiche Medienberichte, die SP als innovative Kraft positionierten, die mit den Leuten spricht und nah bei ihnen ist. Auch die Basiskampagne hat sich bewährt und soll über die Wahlen 2015 hinaus weitergeführt werden. Auch viele Kantonalparteien und Sektionen setzen bei kantonalen und kommunalen Wahlen auf dieses Konzept.

Rapport du Groupe socialiste aux Chambres fédérales

Par Roger Nordmann, président du Groupe socialiste

De la coopération à la confrontation

La seconde moitié de la législature 2011 – 2015 s'est poursuivie comme elle avait commencé, c'est-à-dire dans une logique de recherche de consensus et de géométrie politique variable.

Dans quatre domaines-clés, des projets décisifs pour l'avenir du pays ont bien avancé :

- La stratégie énergétique 2050 prévoit la sortie du nucléaire, la réduction drastique des émissions de gaz à effet de serre et le développement substantiel d'électricité renouvelable. Elle a été améliorée au Conseil national, puis malheureusement ramenée à la version du Conseil fédéral lors du passage au Conseil des Etats. L'élimination des divergences a été reportée à la nouvelle législature.
- Le Conseil des Etats a traité le projet de réforme des retraites « Prévoyance 2020 ». Après un très long travail en commission, le plénum du Conseil des Etats a substantiellement amélioré le projet du Conseil fédéral, lors de sa dernière session de la législature. Dans sa version du Conseil des Etats, le projet suit une ligne relativement simple : consolider les finances pour faire face au baby-boom, renforcer l'AVS pour compenser l'affaiblissement du rendement de la fortune du deuxième pilier. Il s'agit de faire en sorte que les rentiers modestes et moyens voient le niveau de leurs rentes maintenu, et ceci sans augmentation de l'âge de la retraite au-delà de 65 ans. L'issue de ce projet de la nouvelle législature est tout sauf certaine.
- Réparties entre un grand nombre de projets de loi et d'accords internationaux, la mise en conformité de la place financière Suisse avec des standards internationaux et la lutte contre la fraude fiscale ont beaucoup progressé.
- La réforme de la loi sur l'asile a pu être mise sous toit au Parlement, avant d'être acceptée en 2016 par le peuple, contre l'avis de l'UDC.

Dans d'autres domaines, les prémices du « *Schulterschluss* » des partis PDC, PLD et UDC se sont déjà faits fortement sentir. On pense notamment à l'augmentation du budget militaire et à la difficulté à faire aboutir la réforme de l'armée, un projet qui compte 15 ans de retard.

L'acceptation de l'initiative populaire « contre l'immigration de masse », le 9 février 2014 a clairement marqué une césure. D'une part, dès ce moment-là, beaucoup d'énergie politique a été absorbée pour essayer de dépêtrer la situation dans laquelle la Suisse s'est enfoncée. Le sauvetage des bilatérales n'est pas encore acquis. D'autre part, le PDC et le PLR ont commencé à s'aligner derrière l'UDC, préfigurant la dynamique du début de la nouvelle législature qui s'est ouverte en décembre 2015.

Même si le PS a relativement bien résisté aux élections (+0.1 % en suffrages, -3 sièges au Conseil national, +1 siège au Conseil des Etats), le renforcement massif de l'UDC et l'affaiblissement des Verts ainsi que des verts libéraux et des bourgeois démocrates ont complètement changé les rapports de force. Désormais, l'UDC peut, au Conseil national, former à elle seule une majorité soit avec les PLR, soit avec le PDC et l'un ou l'autre dissident du PLR.

Dans un esprit d'inféodation naïve, le PLR et le PDC ont absolument tenu à offrir à l'UDC un second siège au Conseil fédéral lors de la succession d'Eveline Widmer-Schlumpf. La mise en place de cette majorité droitière au gouvernement ne reflète d'ailleurs pas la composition de l'Assemblée fédérale. En effet, vu la composition du Conseil des Etats, il n'existe pas de majorité PLR + UDC au sein de l'Assemblée fédérale. Malgré tous nos efforts, il n'a pas été possible de

convaincre le centre de l'échiquier de maintenir une composition plus ouverte du gouvernement. À l'issue de la matinée de l'élection Conseil fédéral, les espoirs de voir l'UDC modérer sa position et se comporter de façon plus institutionnelle se sont évaporés comme la rosée au lever du soleil.

Encore plus spectaculaire, la nouvelle majorité, à une voix d'écart, a réussi à torpiller au vote final le dispositif qui permet de contrôler l'expansion des cabinets médicaux. L'impact aurait été tellement catastrophique qu'une proposition de rattrapage a dû être mise sur les rails et adoptée six mois plus tard.

Suite à la regrettable non-réélection de notre camarade Andy Tschümperlin à Schwytz, le Groupe a dû se doter d'un nouveau président, en la personne Roger Nordmann. Celui-ci a souhaité s'entourer non plus d'un, mais de deux vice-présidents issus du Conseil national. Le Groupe a désigné Nadine Masshardt et Cédric Wermuth à ces postes. La représentante du Groupe du Conseil des Etats a souhaité se retirer du poste de vice-présidente du Groupe. En début d'année 2016, les Conseillers aux Etats ont désigné Liliane Maury Pasquier.

Pour l'année 2014-2015, il faut enfin relever la mémorable Présidence simultanée du Conseil des Etats et du Conseil national, assumées brillamment par nos camarades Claude Hêche et Stéphane Rossini.

Changement en cours de législature :

Josiane Aubert (Conseil national – VD) laisse sa place à Rebecca Ruiz, en juin 2014

Ont renoncé à une nouvelle candidature : Maria Bernasconi (CN – GE), Andy Gross (CN – ZH), Jacqueline Fehr (CN – ZH), Stéphane Rossini (CN – VS), Eric Voruz (CN – VD).

Personnes non-réélues en en 2015

Andy Tschümperlin (CN – SZ), Ursula Schneider-Schüttel (CN – FR) et Max Chopard-Acklin (CN – AG).

Nouveau élus aux élections de 2015 :

Conseil national : Angelo Barille (ZH), Laurence Fehlmann Rielle (GE), Tim Guldemann (ZH), Min Li Marti (ZH), Mattea Meyer (ZH), Priska Seiler-Graf (ZH).

Conseil des Etats : Daniel Jositsch (ZH)

Juso Schweiz

Jahres- und Delegiertenversammlungen

Am 15. und 16. März 2014 fand in Bern die Jahresversammlung statt, der Start des politischen Jahres für die JUSO. Kontrovers diskutiert wurde dabei die Regierungsbeteiligung der SP, ein Thema, das nach der Abstimmung vom 9. Februar wieder aktuell geworden war. Schlussendlich wurde entschieden, dass die JUSO die Regierungsbeteiligung weiterhin unterstützt. Des Weiteren wurden ein Positionspapier gegen die bürgerliche Sparpolitik und das Aktionsprogramm verabschiedet. Ausserdem war durch den Rücktritt von David Roth eine Ersatzwahl für das Präsidium fällig. Als neuer Präsident wurde Fabian Molina gewählt. Die Jahresversammlung verabschiedete ebenfalls die totalrevidierten Statuten. Aufgrund der darin festgesetzten Quotenregelung musste ein männliches Mitglied der Geschäftsleitung, Florian Vock, die Geschäftsleitung zu deren grossen Bedauern verlassen.

Die erste Delegiertenversammlung des Jahres fand am 10. Mai in Basel statt. Das grosse Thema des Tages war das Agrarpapier, welches erst nach langer Debatte verabschiedet wurde. Ebenfalls beschlossen wurden eine Resolution gegen den Ausbau des Überwachungsstaats, sowie die Gründung der AG Lernende. Für die Geschäftsleitung wurden Andrea Scheck als neues Mitglied, und Ursula Näf und Charlotte Gabriel als Vizepräsidentinnen gewählt.

An der zweiten Delegiertenversammlung, welche am 21. Juni in Neuchâtel stattfand, war Wirtschaftsdemokratie das Hauptthema. Das entsprechende Positionspapier wurde nach einer interessanten Diskussion verabschiedet. Zudem wurde François Clement als neuer Vize-Zentralsekretär gewählt.

Keine Wahlen gab es an der DV vom 6. September in Sursee, dafür aber vier Resolutionen sowie die erste Auswahl von Vorschlägen für das Projekt 2015. Innerhalb dieser Sammlung an Ideen entschied man sich schliesslich für drei Projekte aus den Themenbereichen Wirtschaftsdemokratie, Menschenrechte vor Profit und Migration. Die Resolutionen wurden allesamt angenommen, sie forderten die Bekämpfung der gefährlichen neoliberalen Handelsabkommen TTIP und TISA, die Unterstützung der Volksinitiative „Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle“, die Gründung einer AG Umwelt sowie die Forderung an die SP-Bundesräte, sich zu sozialdemokratischer Politik zu bekennen.

An der DV vom 18. Oktober in Solothurn gab es prominenten Besuch durch Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Ein wichtiges Thema der Versammlung war die Diskussion um das Projekt 2015. Die Delegierten bestimmten die Wirtschaftsdemokratie als Oberthema für das neue Projekt. Danach wurde über Resolutionen und Abstimmungsparolen diskutiert. Angenommen wurden die Resolutionen „100 Jahre Zimmerwalder Konferenz: Für eine internationalistische Friedenspolitik“ und „Solidarität mit dem Widerstand in Rojava!“.

Die letzte DV des Jahres am 13. Dezember in Schaffhausen brachte zunächst einmal eine definitive Entscheidung für das Projekt 2015; es konnte sich am Ende die Kampagne zum Thema Lernende durchsetzen. Ebenfalls fanden Ersatzwahlen für die Geschäftsleitung statt. So ersetzten Samira Marti und Virginia Koepfli die zurücktretenden Ursula Näf und Jonas Zürcher. Ebenfalls gewählt wurden die Delegierten für den YES-Kongress.

Kampagnen

Spekulationsstopp-Initiative

Am 24. März 2014 konnten wir unsere zweite Volksinitiative offiziell bei der Bundeskanzlei einreichen. In nur 11 Monaten hatten wir die benötigten Unterschriften gesammelt. Dieser Erfolg beweist, dass die JUSO sich als ernstzunehmende und initiativfähige politische Kraft etabliert hat.

Das ist nicht selbstverständlich, denn bereits eine Bundesratspartei wie die FDP ist in jüngerer Zeit an der Lancierung einer Initiative gescheitert.

Mindestlohn

Bei den Abstimmungen vom 18. Mai ging es unter anderem um einen gesetzlichen Mindestlohn, ein Anliegen, für das wir uns stark einsetzten. Gemeinsam mit der Unia Jugend starteten wir die Kampagne „Jugend für einen Mindestlohn“. Trotz schlussendlich verlorener Abstimmung gelang es uns, eine grosse Anzahl Menschen zu mobilisieren und zu erreichen, dass vielerorts die Löhne stiegen.

Sparalarm

2014 war auch geprägt von unserem Kampf gegen die bürgerliche Sparideologie, welche überall in der Schweiz zu massivem Leistungsabbau führt. Unsere Kampagne lief unter dem Namen „Sparalarm“, auch eine Website wurde dazu aufgeschaltet. Dazu wurde auch der „Prix d'Austérité“ ins Leben gerufen, der monatlich vergeben wird für die dümmste und rücksichtsloseste Spar-Idee. In zwei Medienkonferenzen informierten wir über die Kampagne und die verheerenden Auswirkungen einer Politik, die aus Steuergeschenken für Reiche und harten Sparmassnahmen für die breite Bevölkerung besteht.

Sonstige Kampagnen

Ebenfalls engagierten wir uns in zahlreichen Abstimmungskampagnen. So lancierten wir die Kampagne „Mein Körper – Meine Entscheidung“ um für das Recht auf hindernisfreie Abtreibung einzustehen, engagierten uns gegen den Kauf von neuen Kampfjets und machten Dampf bei dem Angriff auf die Privilegierung der Bonzen im Abstimmungskampf der Pauschalsteuerinitiative. Ebenfalls setzten wir uns gegen die beiden fremdenfeindlichen Vorlagen Masseneinwanderungs- und Ecopop-Initiative ein.

Samira Marti, JUSO Schweiz

Femmes socialistes

Structure

En 2014 et 2015, le comité directeur des Femmes socialistes est composé de Yvonne Feri (conseillère nationale, AG) à la présidence, Cesla Amarelle (conseillère nationale, VD) à la vice-présidence, et de Jacqueline Rohrer (TI) et Lea Kusano (BE). Barbara Berger, jusqu'alors secrétaire centrale, quitte son poste en mars 2014. Anita Balz devient secrétaire centrale à 40% dès le 1^{er} mai 2014.

Les Femmes socialistes ont 8 déléguées à l'Assemblée des Délégué-e-s du PS Suisse :

Christiane Aeschmann (BE)
Verena Hofmänner (ZH)
Christina Klausener (BS)
Pascale Michel (FR)
Ursula Nakamura-Stöcklin (AG)
Pia Neuhaus (BE)
Barbara Stalder Ritschard (BE)
Barbara Zimmermann (BS)

Et 3 déléguées à la Conférence de coordination et à l'Assemblée des Délégué-e-s du PS Suisse:

Anita Balz (en tant que secrétaire centrale)
Andrea Jerger (ZH)
Mariela Muri (VD)

De plus, les Femmes socialistes ont deux représentantes au sein du comité directeur du PS Suisse:

Anita Balz (en tant que secrétaire centrale)
Yvonne Feri (en tant que présidente).

Le GT Egalité des Femmes socialistes est ouvert aux membres du PS, hommes et femmes, qui souhaitent s'engager en matière d'égalité. Assurée par Claudio Marti et Patrizia Mordini depuis sa création, un changement a eu lieu à la co-présidence. Depuis janvier 2015, ce sont Nathan Schocher et Eveline Zwahlen, de Zurich, qui dirigent le groupe de travail.

Thèmes

Deux thèmes ont été au centre des préoccupations des Femmes socialistes durant les années 2014 et 2015. Les Femmes socialistes se sont fortement mobilisées pour **l'égalité salariale**, en revendiquant des mesures pour que l'égalité salariale, inscrite dans la Constitution depuis 1981, soit enfin réalisée. Le 7 mars 2015, une manifestation a rassemblé 12'000 personnes sur la place fédérale. Les Femmes socialistes ont fait partie du comité d'organisation. Durant ces deux années, diverses actions et prises de position, ainsi que des interventions parlementaires en lien avec la thématique, ont eu lieu.

La **réforme de prévoyance vieillesse 2020**, qui prévoit notamment l'augmentation de l'âge de la retraite des femmes, a également figuré au centre des activités politiques des Femmes socialistes. Ces dernières ont pris position contre le projet du Conseil fédéral lors de la Conférence du 22

février 2014, et ont réitéré leur position plusieurs fois, refusant que la réforme se fasse sur le dos des femmes.

La Conférence du 20 septembre 2014 a mis l'accent sur la **prostitution**. Après l'exposé d'une intervenante du terrain, un débat a réuni plusieurs politiciennes, mettant ainsi en évidence les diverses positions au sein de notre parti. Si toutes les personnes présentes se sont accordées sur la priorité à donner à la protection des personnes concernées, les avis sur les mesures politiques à prendre sont divergentes.

La lutte contre la violence au sein du couple a toujours fait partie des priorités du PS, plus particulièrement des Femmes socialistes. A l'occasion de la Journée internationale de lutte contre la violence envers les femmes du 25 novembre 2014, le groupe parlementaire, sous l'impulsion des Femmes socialistes, a déposé une série d'interventions parlementaires dans ce domaine.

En 2015, année d'élections nationales, les Femmes socialistes ont édité leur programme pour la campagne. Les **8 priorités** suivantes ont été définies : l'égalité salariale, pas d'augmentation de l'âge de la retraite sans réelles mesures pour l'égalité salariale, la conciliation entre vies familiale et professionnelle, l'accueil extrafamilial, la reconnaissance et la valorisation du travail de care, un congé parental, la lutte contre la violence domestique et une politique familiale et un droit de la famille moderne. Les élections nationales ont eu pour résultat une augmentation du nombre de femmes élues au Conseil national dans le groupe socialiste. Elles représentent 58% de la députation socialiste.

Les Femmes socialistes ont notamment aussi pris position pour les quotas, contre l'interdiction de la burqa et ont commémoré les 10 ans du congé maternité en Suisse.

Le travail des Femmes socialistes se fait en réseau au niveau national, mais également international. Le 15 décembre 2015, à l'occasion d'une rencontre des *Socialist International Women* à Genève, la secrétaire centrale est intervenue auprès des déléguées internationales. L'accent a été mis sur la relève en politique.

SP60+

Wir sind da!

SP60+ wurde 2013 gegründet und konnte in den letzten zwei Jahren mit Energie weitermachen. Mit Hilfe der Arbeitsgruppen haben wir an mehreren Vernehmlassungen teilgenommen, wir sind im links und eSPress erschienen und wir konnten 2105 zum ersten Mal vier Nummern unseres Newsletters herausgeben. Unsere Mitgliederkonferenzen und unser Herbstanlässe in Freiburg und Solothurn wurden sehr gut besucht. Die Anzahl Mitglieder wächst stetig aber langsamer: SP60+ hat jetzt über 1500 Mitglieder. Zudem wurden neue kantonale Delegierte in den Vorstand gemeldet.

Der Vorstand

Der Vorstand hat sich regelmässig getroffen, um unter anderem die anstehenden Delegiertenversammlungen und Parteitage der SP Schweiz vorzubereiten, die Mitgliederkonferenzen und die Herbstanlässe zu organisieren sowie Budget und Planung zu diskutieren. Das Co-Präsidium hat sich mehrmals getroffen und wurde dabei von der für uns zuständigen Fachperson der SP Schweiz unterstützt, um die Vorstandssitzungen vorzubereiten und um laufende Geschäfte zu erledigen sowie Jahresziele, Budget und organisatorische Aspekte mit der SP-Zentrale zu diskutieren.

Die Mitgliederkonferenzen

Im Mai 2014 und März 2015 fanden die 2. und 3. Mitgliederkonferenz im Hotel National in Bern mit über 100 Mitglieder und vielen Gästen statt. 2014 stellte alt SP-Präsident Hans-Jürg Fehr acht Thesen zur Partizipation im Alter, beziehungsweise zum gesellschaftlichen Engagement unter dem Motto »Alt werden heisst ja auch loslassen« vor. Am Ende wurde die Resolution »Keine Rezepte von gestern für Probleme von heute - Gegen die Wiedereinführung des Saisonier-Statuts« verabschiedet. 2015 führte alt Bundesrätin Ruth Dreifuss aus, dass zur Wahrung der Würde und Sicherheit im Alter ein soziales Netzwerk und die Respektierung der individuellen Autonomie notwendig seien. Am Ende wurde die Resolution »SP60+ zur Vorsorge 2020: So geht das nicht!« verabschiedet.

Die Herbstanlässe

In November 2014 fand in Freiburg unsere Tagung »Menschenrechte im schweizerischen Alltag, Zwei Lebenswelten - gestern, heute, morgen« statt. Nach den Grussworten von Christian Levrat, SP-Präsident und FR-Ständerat sprach alt Ständerat Otto Piller über »Langzeitpflege ist ein Menschenrecht - Widersprüche und Forderungen«. Es wurde dann die Resolution »Ohne Menschenrechte stirbt die Demokratie« verabschiedet.

Im September 2015 fand in Solothurn die Tagung »Sichere Jobs ab 50« statt. Nach den Grussworten von Roberto Zanetti, SP-Ständerat Solothurn sprach Beat Ringger, geschäftsleitender Sekretär vom Denknetz, über »Alter und Arbeit in kapitalistischen Gesellschaften«. Paul Rechsteiner, Ständerat und Präsident des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, sprach über »Sicherer Job ab 50 - Position und Strategien von SP und Gewerkschaften«. Es wurde dann die Resolution »SP60+ fordert Recht auf Arbeit auch ab 50!« verabschiedet.

Aktionen und Kommunikation

Viel der politischen Tätigkeit von SP60+ geschieht auf kantonaler und lokaler Ebene. Auf nationaler Ebene ist SP60+ mit eigenen Vernehmlassungen und mit Beiträgen in den SP-Medien präsent. Im links und im eSPress wurden viele Artikel von Vorstandsmitgliedern der SP60+ publiziert. Im Wahlkampf 2015 haben sich zahlreiche Mitglieder an Wahlkampfaktionen von regionalen oder kantonalen Gruppen beteiligt. Auch haben sehr viele bei den lokalen Telefonaktionen mitgewirkt. SP60+ hat sich auch mit eigenen Aktionen am Wahlkampf beteiligt. Es wurde ein auf ältere Menschen ausgerichteter Wahlkampfflyer (20'000 Exemplare) produziert und verteilt. Weiter wurden Tausende, eigens hergestellte Postkarten, verschickt.

Die Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppen haben ihre Arbeit fortgesetzt:

- Die AG Sozialversicherungen und Sozialpolitik hat mehrere Vernehmlassungen erarbeitet z.B.: Altersvorsorge 2020, anrechenbare Mietzinsmaxima für Ergänzungsleistungen, Volksinitiative »Heiratsstrafe«. Gemeinsam mit den JUSO wurde eine Resolution verfasst mit dem Titel »Für eine starke AHV zu Gunsten sozialer Kohäsion«, die an der Delegierten-Versammlung der SP Schweiz vom 5.12.2015 in St. Gallen verabschiedet wurde. Zusammen mit der AG Gesundheit und dem Denknetz wurde das Thema »Pflegefiananzierung« erörtert.
- Das Papier der AG Verkehr und Energie »Mobilität im öffentlichen Raum« wurde vom Vorstand verabschiedet und dient als Grundlage für den Herbstanlass 2016 in Luzern.
- Die AG Gesundheitspolitik hat Stellungnahmen zu den Verordnungen über den Risikoausgleich in der Krankenversicherung und über das Zentrum für Qualität in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung vorbereitet. Gemeinsam mit der AG Sozialpolitik wurde das Thema Care-Ökonomie angegangen.
- Die AG »Suisse romande« hat die Aufgabe, bei der Gründung neuer Sektionen in der Romandie behilflich zu sein. Neben Genf wurde nun Freiburg (2014) und Valais romand (2015) von den Kantonalparteien in den Vorstand von SP60+ delegiert. Unter den 160 Mitgliedern aus der Romandie finden sich aber auch GenossInnen aus den anderen französischsprachigen Kantonen.
- Die AG »SP60+ Newsletter« hat insgesamt 5 Nummern auf Deutsch und Französisch herausgeben können. Der Newsletter wird von den Mitgliedern allgemein geschätzt.

SP60+ ist auf dem Weg, sich als Organ der SP zu etablieren.



Marianne de Mestral
Co-Präsidentin SP60+



Carlo Lepori
Co-Präsident SP60+

Commission spécialisée de la politique sociale et de la santé

5 mars 2014

La commission spécialisée s'est penchée sur la révision partielle de la loi sur la transplantation. A cet égard, elle a entendu Mme. Andrea Arz de Falco sur le Plan d'action de la Confédération pour accroître le don d'organes destinés aux transplantations, le prof. Roberto Malacrida sur les aspects problématiques de la transplantation et les raisons possibles du manque de dons d'organes et le prof. Dr. Franz Immer, directeur de Swisstransplant, sur la position de son organisation quant à la nouvelle loi.

10 septembre 2014

La commission a étudié le rapport du Conseil fédéral sur les prestations complémentaires intitulé « Prestations complémentaires à l'AVS/AI : Accroissement des coûts et besoins de réforme ». Pour ce faire, elle a entendu Mme. Colette Nova, Vice-directrice de l'OFAS ainsi que Mme. Fabienne Goetzinger (directrice de la Caisse cantonale vaudoise de compensation AVS/AI) et M. Hans-Jürg Herren (directeur de l'établissement cantonal des assurances sociales du Canton de Fribourg) pour obtenir des perspectives cantonales.

4 mars 2015

Les troubles psychosociaux en lien avec l'emploi ont retenu toute l'attention de la commission durant la 3^{ème} séance de la période observée. Mme. Kathrin Jentsch (OFAS) est venue présenter le rapport de l'OCDE « Santé mentale et emploi : Suisse » ainsi que les recommandations y relatives pour faire face à ce phénomène croissant. Mme. Florence Nater, directrice de la Coordination romande des associations d'action pour la santé psychique et coordinatrice de l'Association neuchâteloise d'accueil et d'action psychiatrique, est venue présenter son appréciation des recommandations.

3 juin 2015

Le printemps et l'été 2015 étaient marqués par un large débat portant sur l'aide sociale. A cette occasion, la Présidence du PS avait adopté un papier de position, qui fut présenté à la commission par Mme. Silvia Schenker (conseillère nationale) et Stéphane Rossini (président du Conseil national en 2015). M. Felix Wolffers, co-président de la CSIAS, a démontré l'importance des normes de la CSIAS et fait le point sur leur révision.

2 septembre 2015

Le revenu de base inconditionnel a fait l'objet de la 4^{ème} séance de la commission. M. Gabriel Barta, vice-président BIEN-CH et membre du comité d'initiative, a exposé le contenu et le but de l'initiative populaire, qui était en cours de traitement au Parlement. Le prof. Christian Arnsperger (Université de Lausanne) a contextualisé l'idée et démontré son importance dans le discours politique et économique tandis que le Dr. Eric Patry a abordé les points d'ancrage en Suisse et avancées politiques concrètes vers un revenu de base, le sujet de sa thèse.

16 décembre 2015

La dernière séance de la période observée fut consacrée à la réforme de la « Prévoyance vieillesse 2020 » avec une présentation de l'état du traitement après son passage au Conseil des Etats par Jürg Brechbühl, directeur de l'OFAS. Le prof. Matthieu Leimgruber (Université de Zurich) a offert à la commission une perspective historique sur la prévoyance vieillesse en Suisse alors que M. Thomas Kurer (Université de Zurich) a décrit les chances de succès du paquet de la réforme en fonction de ses divers éléments.

*Co-présidence : Silvia Schenker, Stéphane Rossini
(jusqu'à fin 2015)*

*Secrétaires politiques : Valérie Werthmüller (jusqu'au
30 avril 2014), Jacques Tissot (dès le 1^{er} juin 2014)*

Fachkommission Verkehr und Kommunikation

Die Fachkommission hat sich im Berichtszeitraum an 8 Sitzungen mit folgenden Themen befasst:

10. März 2014: Die Fachkommission hat die Vernehmlassung zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds diskutiert und damit wesentlich zur Positionierung der Partei beigetragen. Diskutiert wurden die Ausgestaltung des Fonds, seine Finanzierung und die Frage, wie die Agglomerationsprojekte mit genügend Mitteln ausgestaltet werden können. Fachlichen Input erhielt die Kommission von Benjamin Wittwer, Generalsekretär der KöV und Ursula Wyss, Direktorin für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün Stadt Bern.

16. Juni 2014: Im Zentrum standen Forderungen zur Luftfahrt. Zwei Beispiele: Die Luftfahrtpolitik muss in die Ziele der Raumplanung und der Umweltgesetzgebung einbettet sein. Die ausgewogene Verteilung der Belastungen soll in einem demokratischen Prozess erarbeitet werden. Diese und andere Forderungen wurden mit Peter Müller, Direktor BAZL, Patrick Hofstetter, WWF sowie Philipp Hadorn, Zentralsekretär SEV und Nationalrat SP SO, ausführlich diskutiert.

15. September 2014: Eine Welt ohne Internet ist nicht mehr vorstellbar. Die Fachkommission hat sich deshalb intensiv mit den Chancen und Risiken der Digitalisierung befasst. Ziel war, eine Debatte zu lancieren, um basierend darauf SP-Positionen zum Internet zu erarbeiten. Inputs erhielt die Kommission von Christian Weber, Leiter eGovernment für KMU und zuständig für SuisselD, Matthias Stürmer, Geschäftsleiter der parlamentarischen Gruppe „Digitale Nachhaltigkeit“ sowie Leo Keller von Blue Ocean SWS GmbH.

1. Dezember 2014: Die Kommission hat die Diskussion zum Internet weitergeführt und Zwischenergebnisse eines Berichts von Leo Keller und Matthias Stürmer in deren Anwesenheit diskutiert. Im Zentrum stand folgende Frage: Wie sieht eine Internetpolitik basierend auf Solidarität, Teilhabe, Chancengerechtigkeit, Mitbestimmung, Service Public und Schutz der Grundrechte aus? Im Dezember 2015 hat die Partei ein umfassendes Positionspapier zum Internet verabschiedet.

9. März 2015: Nach der mit der Vernehmlassung erfolgten Positionierung zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) hat sich die Fachkommission mit der Frage beschäftigt, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit die SP dem NAF zustimmen kann. Um sich einen Überblick zu verschaffen, wurden Jürg Röthlisberger, Direktor Astra, Hauke Fehlberg, Vizedirektor ARE und Caroline Beglinger, Co-Geschäftsleiterin VCS, für eine Stellungnahme eingeladen.

15. Juni 2015: Die Kommission hat sich mit dem Service Public im Medienbereich befasst. Die Diskussion fand unter der Prämisse statt, dass es angesichts fortschreitender Monopolisierungs- und Kommerzialisierungsprozesse eine staatsferne und gattungsübergreifende Medienförderung braucht, die die Rahmendbedingungen journalistischer Arbeit verbessert. Für fachlichen Input und Austausch standen Edith Graf-Litscher, Nationalrätin SP TG, Manuel Puppis, assoziierter Professor Universität Fribourg, Stephanie Vonarburg und Nina Scheu, beide Syndicom, zur Verfügung.

14. September 2015: Der regionale Personenverkehr ist ein wesentliches Element im öV-System der Schweiz und gehört zu den zentralen Angeboten des Service Public. Da die langfristige Finanzierung sowie das Verfahren zur Festlegung der Abgeltungen immer wieder Teil der verkehrspolitischen Diskussionen sind, hat sich die Kommission nach Inputs von Peter Füglistaler, Direktor BAV, Franz Kagerbauer, Direktor ZVV und Werner Müller, Leiter Abteilung öffentlicher Verkehr/Tourismus des Kantons TG, mit Lösungsansätzen befasst.

7. Dezember 2015: Erneut stand die Medienpolitik im Zentrum. Die Fragestellung lautete: Wie sieht der neue Werbemarkt im Medienbereich aus und was heisst das für den Service Public? Diese Frage hat mit der geplanten Kooperation von SRG, Ringier und Swisscom, die die gemeinsame Vermarktung von Medienangeboten und Werbepattformen bezweckt, eine neue Dimension erreicht. Für Input und Diskussion zur Verfügung standen Roger de Weck, Generaldirektor SRG und Matthias Künzler, Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Chur.

Präsidentin: Edith Graf-Litscher

Politische Fachsekretärin: Chantal Gahlinger, chantal.gahlinger@spschweiz.ch

Fachkommission Umwelt, Raumplanung und Energie

Die Fachkommission hat sich im Berichtszeitraum an 7 Sitzungen mit folgenden Themen befasst:

20. März 2014: Im Zentrum der Diskussion standen die Energiestrategie 2050 (1. Massnahmenpaket) und die Fragen: Wo stehen wir? Was sind die Herausforderungen und wie geht es politisch weiter? Die Sitzung hatte zum Ziel, eine erste politische Einschätzung vorzunehmen und einen Ausblick auf die kommenden Debatten zu machen. Für einen Input und die Diskussion stand Beat Jans, Nationalrat SP BS und Mitglied der UREK-N, zur Verfügung.

19. Juni 2014: Die Raumplanung ist verschiedenen Politikbereichen (z.B. Verkehr oder Energie) vorgelagert und mit ihr werden wichtige Weichen gestellt, die auf Jahrzehnte hinaus Wirkung entfalten. Umso wichtiger ist eine Raumplanungspolitik, die die Nachhaltigkeit ins Zentrum stellt und den haushälterischen Umgang mit der knappen und nicht vermehrbaren Ressource Boden vorsieht. Marcus Ulber, Projektleiter Naturschutzpolitik bei Pro Natura, hat der Kommission einen Überblick gegeben, wo Herausforderungen und politischer Handlungsbedarf in der Raumplanung bestehen.

25. September 2014: Die Fachkommission hat über die Herausforderung diskutiert, berechnete Interessen der erneuerbaren Stromproduktion mit den zentralen Anliegen des Naturschutzes und des Schutzes von Kulturgütern in Einklang zu bringen. Die Diskussion fand unter der Prämisse statt, dass die beiden Interessen nicht in einem grundsätzlichen Widerspruch zueinander stehen und dass die Schweiz über genügend Flächen verfügt, um Anlagen für erneuerbare Energien bereit zu stellen, ohne den Schutz der Natur in Frage zu stellen. Für Input und Diskussion durfte die Kommission Nicole Beutler, Geschäftsstelle Alliance Patrimoine, begrüßen.

9. Dezember 2014: Die Fachkommission hat sich mit der Vernehmlassungsvorlage zum Bundesbeschluss über die zweite Etappe der Strommarktöffnung auseinandergesetzt. Im voll geöffneten Strommarkt würde der Netzzugang allen Marktteilnehmerinnen und -teilnehmern gewährt. Die Kommission hat sich mehrheitlich kritisch mit der Vorlage auseinandergesetzt und die Notwendigkeit einer vollständigen Öffnung des Strommarkts als nicht gegeben bewertet. Roger Nordmann, Nationalrat SP VD und Eric Nussbaumer, Nationalrat SP BL, beide Mitglieder der UREK-N, haben an der Sitzung ihre jeweilige unterschiedliche Einschätzung präsentiert.

18. Juni 2015: Thema der Sitzung war die Elektromobilität. In der Energiestrategie 2050 geht der Bundesrat davon aus, dass der elektrisch motorisierte Individualverkehr eine immer wichtigere Rolle spielt. In der Fachkommission diskutiert wurde u.a. die Frage, wie die Potentiale der Elektromobilität aus ökologischer Sicht optimal genutzt werden können. Es wurden Überlegungen dazu angestellt, welche Erwartungen die SP an die Energiewende im Verkehrsbereich hat und welche Rolle dabei die Elektromobilität spielen kann. Für Input und Diskussion standen Max Chopard, Nationalrat SP AG und Mitglied der UREK-N sowie Filippo Rivola, VCS, zur Verfügung.

24. September 2015: Im Zentrum der Sitzung stand das AKW Beznau. Beznau 1 ist mit 46 Jahren das älteste Atomkraftwerk der Welt und stellt damit ein ganz besonderes Sicherheitsrisiko dar. Die Probleme rund um Beznau wurden zum Anlass genommen, um die Forderung zu bekräftigen, dieses AKW nie mehr ans Netz gehen zu lassen. Max Chopard, Nationalrat SP AG und Mitglied der UREK-N, informierte an der Sitzung über die Probleme rund um Beznau und die laufenden Aktivitäten der atomkritischen Kräfte. Die Kommission diskutierte über politische Möglichkeiten, um auf eine Abschaltung hinwirken zu können.

15. Dezember 2015: Im Zentrum stand ein Ausblick auf das aus energiepolitischer Sicht zentrale Jahr 2016. Die Kommission hat sich mit der Energiestrategie 2050 und der Initiative für den geordneten Atomausstieg befasst. Roger Nordmann, Nationalrat SP VD und Mitglied der UREK-N, hat die Mitglieder der Kommission über den aktuellen Stand der politischen Diskussionen informiert und stand für Fragen und Diskussion zur Verfügung.

Präsidentin: Barbara Marty Kälin

Politische Fachsekretärin: Chantal Gahlinger, chantal.gahlinger@spschweiz.ch

Fachkommission Wissenschaft, Bildung und Kultur

Die Fachkommission hat sich im Berichtszeitraum an 7 Sitzungen mit folgenden Themen befasst:

10. März 2014: Die Kommission hat sich mit der Vernehmlassungsvorlage zum Gesundheitsberufegesetz befasst und damit einen wichtigen Beitrag zur Positionierung der Partei geleistet. Zielsetzung der Vorlage ist es, im Interesse der öffentlichen Gesundheit und der Versorgungsqualität einheitliche Anforderungen an die Bildung und Berufsausübung der Gesundheitsberufe sicherzustellen. Die Kommission durfte für Input und Diskussion Catherine Gasser und Airelle Buff, beide BAG, sowie Roswitha Koch, Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und -männer, begrüßen.

10. Juni 2014: Die Frage, auf welchen Werten sozialdemokratische Bildungspolitik beruhen und welche Ziele sie verfolgen soll, stand im Zentrum der Sitzung, ausgehend von den Diskussionen zu HarmoS, Lehrplan 21 und Sprachenunterricht. Von Seiten „Denknetz“ wurden kritische Gedanken zum Thema „Ökonomisierung der Bildung“ eingebracht. An der Sitzung anwesend für Input und Diskussion waren Roger Hiltbrunner vom Denknetz, Georges Pasquier, Président Syndicat des Enseignants Romands (SER) und Susanne Hardmeier, stellv. Generalsekretärin EDK.

15. September 2014: In der Sitzung wurde die Frage des Sprachenunterrichts intensiv diskutiert. Dies vor dem Hintergrund, dass in verschiedenen Kantonen die Absicht besteht, den so genannten Sprachenkompromiss aufzubrechen. Nach einem Input von Georges Pasquier, Président SER, diskutierte die Kommission Möglichkeiten, wie sichergestellt werden kann, dass auch künftig das Erlernen einer zweiten Landessprache in der Primarschule obligatorisch ist.

1. Dezember 2014: Die Kommission hat sich vertieft mit der Kulturpolitik befasst, die für die SP aus gesellschaftlichen wie auch aus sozialen Gründen einen hohen Stellenwert hat und die einen wichtigen Beitrag für eine offene und tolerante Schweiz leistet. Gemeinsam mit Hans Läubli, Geschäftsleiter Suisseculture und Jacques Scherrer, Secrétaire Général Association Suisse des Diffuseurs, Editeurs et Libraires, hat sich die Kommission Gedanken darüber gemacht, wie die Zielsetzungen der Kulturbotschaft 2016 bis 2019 umgesetzt werden können.

9. März 2015: Die Kommission hat sich mit der Frage der Integration schulisch schwächerer Jugendlicher auseinandergesetzt. Ausgehend von der Zielsetzung, dass die Abschlussquote auf Sekundarstufe II auf mindestens 95 Prozent erhöht und die Gestaltung der Übergänge von der obligatorischen Schule bis zum Erwerbseinstieg sorgfältig begleitet werden muss. Für Input und Diskussion standen Christel Bornand, Cheffe de l'Office d'insertion professionnelle des moins de 30 ans du canton de Neuchâtel und Bruno Weber-Gobet von travail.suisse zur Verfügung.

8. Juni 2015: Thema war der Lehrplan 21. Die Diskussion beruhte auf der Prämisse, dass die SP den Lehrplan 21 unterstützt, gleichzeitig aber fordert, dass die für dessen Umsetzung notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden müssen, namentlich, was die Weiterbildung der Lehrkräfte und die Bereitstellung der Lehrmittel angeht. Die Mitglieder der Kommission waren eingeladen, den Lehrplan 21 aufgrund ihrer Erfahrungen in den Kantonen zu diskutieren und Erwartungen an die Politik zu formulieren. Für Input und Diskussion anwesend waren Beat W. Zemp, Zentralpräsident Lehrerinnen und Lehrer Schweiz sowie Georges Pasquier, Président SER.

7. Dezember 2015: Noch vor dem Start der Vernehmlassung zum Urheberrecht hat sich die Kommission erste Gedanken dazu gemacht, wie ein modernes Urheberrecht aus sozialdemokratischer Sicht aussieht, das im digitalen Zeitalter einen fairen Ausgleich zwischen den Urheberinnen und Urhebern, den Nutzerinnen und Nutzern sowie den Vermittlern herstellen kann. Für Inputs und lebhaftes Diskussion anwesend waren Denis Rabaglia, Walliser Filmemacher, Andreas von Gunten, Präsident Digitale Allmend und Dieter Meier, Geschäftsführer Suissimage.

Präsident: Mathias Reynard

Politische Fachsekretärin: Chantal Gahlinger, chantal.gahlinger@spschweiz.ch

Fachkommission für Migration und Integration

Ihre erste Sitzung im Jahr 2014 widmete die Fachkommission für Migration und Integration der Ecopopinitiative, über die am 30. November 2014 abgestimmt wurde und die dabei wuchtig mit 74% Nein Stimmen verworfen wurde. Ein derart klares Resultat war zum Zeitpunkt der Kommissionssitzung noch nicht absehbar und entsprechend hitzig verlief die Diskussion zwischen dem eingeladenen Leiter des Initiativkomitees Benno Büeler auf der einen Seite und Elsbeth Steiner, Informationsverantwortliche der eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen und Geert van Dok, Leiter der Fachstelle für Entwicklungspolitik der Caritas Schweiz auf der anderen Seite. Die Ablehnung der brandgefährlichen Initiative war innerhalb der Fachkommission aber sehr klar und eindeutig.

In einer zweiten Sitzung im Jahr 2014 stellte Constantin Hruschka, Leiter Ressourcenzentren Protection der Schweizerischen Flüchtlingshilfe SFH die Neustrukturierung des Asylbereichs aus Sicht des Testbetriebs in Zürich vor, der von der SFH in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden betrieben wird. Aus der zwar kritischen, aber klar überwiegend positiven Zusammenfassung wurde ersichtlich, welche Chancen die Vorlage für wirkliche Verbesserungen auch für die Flüchtlinge bietet. Von daher ist wenig erstaunlich, dass die SVP nach Abschluss der anschliessenden parlamentarischen Beratungen das Referendum ergriff, es aber am 6. Juni 2016 mit nur einem Drittel Unterstützung der Stimmberechtigten hochkant verlor.

Die Bedeutung der EMRK für die Schweiz und die Strategie zu ihrer Verteidigung angesichts der angekündigten Volksinitiativen zum Vorrang des Landesrechts erläuterte Andrea Huber, Kampagnenleiterin von Schutzfaktor M und Geschäftsführerin Dialog EMRK in einer Sitzung im März 2015. Es gelang ihr gut, die systematische Strategie der SVP zur Demontage des Völkerrechts aufzuzeigen und mit langfristigem Blick in die Zukunft deutlich zu machen, dass dies eines der wichtigsten Themen der kommenden Jahre bleiben wird und es jetzt schon konzertierte Gegenwehr braucht. Mit dem deutlichen Nein zur Durchsetzungsinitiative am 28. Februar 2016 ist hier ein erster und sehr wichtiger Schritt gelungen.

In einer letzten Sitzung machte Stefan Frey, Mediensprecher der Schweizerischen Flüchtlingshilfe SFH mit seinen Schilderungen der Situation der Flüchtlinge rund ums Mittelmeer betroffen. Als profunder Kenner Afrikas machte er einen Tour d'horizon zu den Fluchthintergründen, der über das, was man gemeinhin den Medien entnehmen kann, weit hinausging.

Die Fachkommission hatte an ihren Sitzungen in den Jahren 14 und 15 trotz interessanter Themen und spannender Referentinnen und Referenten immer wieder mit sehr niedriger Präsenz seitens der Mitglieder zu kämpfen. Die Gründe hierfür konnten auch in einer Umfrage unter den Mitgliedern nicht genügend geklärt werden, so dass keine Massnahmen ergriffen werden konnten, die erfolgversprechend gewesen wären, um in den Sitzungen wieder eine sinnvolle Grösse zu erreichen. Die Fachkommission hat deshalb auf das Ende des Berichtszeitraums ihre Tätigkeit sistiert. Das Gefäss bleibt aber bestehen und bietet Interessierten die Möglichkeit, gezielt einzelne Themen aus dem Zuständigkeitsbereich der Kommission zu traktandieren.

Copräsidium: Bea Heim und Cesla Amarelle

Politischer Fachsekretär: Carsten Schmidt, carsten.schmidt@spschweiz.ch

Fachkommission Staat und Recht

Die Fachkommission hat ihren regelmässigen Sitzungsturnus aufgrund sehr unregelmässiger und geringer Teilnahme seitens der Mitglieder und Interessierten vorläufig eingestellt. Das Präsidium ist derzeit vakant, das Gefäss bleibt aber bestehen und bietet Interessierten die Möglichkeit gezielt einzelne Themen aus dem Zuständigkeitsbereich der Kommission zu traktandieren.

Präsidium: vakant

Politischer Fachsekretär: Carsten Schmidt, carsten.schmidt@spschweiz.ch

Fachkommission für sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität

Die Fachkommission befasste sich in mehreren Sitzungen mit der eidgenössischen Volksinitiative der CVP „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“. Die im Initiativtext für die Bundesverfassung enthaltene Definition der Ehe als „die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau“ hätte die langjährigen Bemühungen zur Öffnung der Ehe für alle mit einem Schlag zunichte gemacht. Die Mitglieder der Fachkommission arbeiteten entsprechend engagiert – vor allem auch in ihren eigenen Gremien sowie an öffentlichen Auftritten – an der Bekämpfung der Initiative mit und konnten die Strategie hierzu mitprägen. Mitglieder der Fachkommission beteiligten sich massgeblich am nötigen Kampagnen-Schlussputz. Dass es am 28. Februar 2016 nur hauchdünn für eine Mehrheit gegen die Initiative gereicht hat, hat allen Beteiligten klar gemacht, dass die Gleichberechtigung gleichgeschlechtlich orientierter Menschen nach wie vor überhaupt keine Selbstverständlichkeit ist.

Auch mit der Revision des Adoptionsrechts befasste sich die Fachkommission an mehreren Sitzungen. Gestützt auf die Petition des Dachverbands der Regenbogenfamilien hatte der Ständerat mit knapper Mehrheit eine Motion für die Volladoption, der Nationalrat dann nur noch für die Stiefkindadoption verabschiedet. Dass es dann gelang, die Vorlage des Bundesrates, welche auch die Möglichkeit der Stiefkindadoption für gleichgeschlechtliche Paare in eingetragener Partnerschaft enthält, fast unbeschadet durchs Parlament zu bringen, war auch auf geschickte Taktik und gute Kommunikation zurückzuführen, die in der Fachkommission mitentwickelt wurden. Auch hier zeigt der Umstand, dass nach der parlamentarischen Beratung von christlich-fundamentalen Kreisen das Referendum ergriffen wurde (die Abstimmung steht noch an), dass gesellschaftlicher Fortschritt auch im familienpolitischen Bereich immer wieder erkämpft werden muss.

Ein ständiges Traktandum der Sitzungen der Fachkommission waren auch die aktuellen und erledigten Vorstösse im Bundesparlament. Gespannt wartete die Fachkommission insbesondere auf den Bericht zum Postulat von Martin Naef (12.3543) zum Recht auf Schutz vor Diskriminierung. Dieser traf nach der Berichtsperiode ein und war eine grosse Enttäuschung – der Bundesrat will gerade an all jenen Punkten nicht weiterarbeiten, die ihm vom Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte empfohlen worden waren, mit denen langjährige Forderungen der Fachkommission, ihrer Mitglieder und der befreundeten Verbände erfüllt worden wären. Hierauf wird die Fachkommission in ihrer kommenden Arbeit sicher einen Schwerpunkt legen.

Daneben hat die Fachkommission gelegentlich auch Sitzungen einzelnen Schwerpunkten gewidmet, so hat z.B. an der letzten Sitzung in der Berichtsperiode David Wolf das Projekt Rainbow Post präsentiert.

Die Fachkommission wird seit 2016 bei inhaltlichem Anlass einberufen, mindestens aber einmal im Jahr.

Copräsidium Margret Kiener Nellen und Alan David Sangines
Beide Co-PräsidentInnen treten im Hinblick auf die Gesamtbestätigungswahlen an der Delegiertenversammlung vom 1. April 2017 zurück und bedanken sich bei den Mitgliedern der Fachkommission sowie bei der Partei für die Unterstützung.
Politischer Fachsekretär: Carsten Schmidt, carsten.schmidt@spschweiz.ch

Fachkommission Wirtschaft und Finanzen

Die vierteljährlichen Treffen der wirtschafts- und finanzpolitischen Fachkommission bringen regelmässig ExpertInnen aus der Privatwirtschaft, Verwaltung wie auch der Wissenschaft mit den Wirtschafts- und FinanzpolitikerInnen der Partei und Fraktion zusammen.

Im Zentrum der Arbeiten der Fachkommission in den beiden Berichtsjahren stand die für die Schweiz entscheidende Weichenstellung in der Unternehmensbesteuerung durch die so genannte Unternehmenssteuerreform III (USR III). Die Fachkommission Wirtschaft und Finanzen widmete dieser epochalen Vorlage drei Sitzungen in der Berichtsperiode. In der ersten Sitzung wurde die von der SP-Fraktion in Auftrag gegebene Studie über mögliche Auswirkungen und verschiedene Szenarien dieses steuerpolitischen Grossprojekts diskutiert. In einer zweiten Runde nahm man sich die katastrophalen Erfahrungen mit der vorhergehenden Reform vor, der so genannten USR II, mit ihren enormen Steuerausfällen, um die Lehren aus den Fehlern der Ära Merz zu ziehen und die USR III auf ähnliche Schlupflöcher und Unstimmigkeiten zu überprüfen. Die dritte Kommissionssitzung schliesslich diente dazu, nach der Vernehmlassung und der vom Bundesrat darauf abgestützten Eckwerte für die Botschaft allfällige steuerpolitische Massnahmen genauer zu definieren und noch einmal die finanzpolitischen Auswirkungen der Vorlage auszuloten. Die Arbeiten der Fachkommission, an denen namhafte Experten aus der Verwaltung, den Kantonen (namentlich die Basler SP-Finanzdirektorin Eva Herzog) aber auch der Steuer- und Treuhandbranche teilnahmen, trugen wesentlich zur Erarbeitung der Position der SP-Fraktion bei für die parlamentarische Beratung der Vorlage. Die SP hat inzwischen beschlossen, das Referendum gegen diese völlig masslose und ungerechte Steuersenkungsorgie zu ergreifen. Die Unterschriften waren bereits einen Monat vor Ablauf der Frist gesammelt.

Ein weiteres wichtiges Thema blieb auch in dieser Berichtsperiode die Zukunft des Finanzplatzes Schweiz und besonders die Finanzmarktaufsicht (FINMA). Die Fachkommission lud im Juni 2014 den neuen FINMA-Direktor Mark Branson zu einer Aussprache über die Lehren aus der Finanzkrise ein. Zudem befasste sich die Fachkommission auch mit dem zweiten grossen Thema für die Schweizer Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, der Umsetzung von Art. 121a BV und dem Erhalt der Bilateralen Verträge. In einer Sitzung der Fachkommission wurden die Möglichkeiten zur Beseitigung von Anreizen für die Zuwanderung (v.a. im Steuerbereich) und des Inländerpotentials mit ausgewiesenen Experten besprochen. Entsprechende Vorschläge wurden der Delegiertenversammlung vom 25. Oktober 2014 in Liestal vorgelegt.

In einer gemeinsamen Sitzung mit der Fachkommission Landwirtschaft hat sich die Kommission schliesslich über die Volksinitiative der Juso gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln (Nahrungsmittelspekulation (k)ein Problem?) gebeugt und dabei noch einmal die Auswirkungen der Spekulation auf die Nahrungsmittelpreise untersucht und mit Vertretern der Rohstoffbranche, der Hilfswerke sowie der Wissenschaft diskutiert.

*Präsidentin: NR Susanne Leutenegger Oberholzer
Politischer Fachsekretär: Luciano Ferrari, luciano.ferrari@spschweiz.ch*

Fachkommission Landwirtschaft

Die agrarpolitische Fachkommission besteht aus einem verhältnismässig kleinen, dafür aber umso sachkundigeren Kreis von rund einem Dutzend ExpertInnen, die sich in der Regel einmal pro Session zu einer Sitzung trifft. Die Fachkommission ist für den Positionsbezug von Partei und Fraktion in Landwirtschaftsfragen immer wieder entscheidend. Während den Berichtsjahren stand die Arbeit der Fachkommission ganz im Zeichen der agrarpolitischen Volksinitiativen, die unmittelbar im Anschluss an die Agrarpolitik 2014-2017 lanciert wurden und sich um Fragen der Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität drehten. An verschiedenen Sitzungen wurde eine Agrarpolitische Resolution zu den verschiedenen Initiativprojekten zuhanden der Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 25. Oktober 2014 erarbeitet. Die DV folgte dabei den Empfehlungen der Fachkommission und sprach sich gegen jeden neuen Aktivismus in der Landwirtschaftspolitik aus. Die Erarbeitung der Position geschah im engen Austausch mit der Verwaltung (Bundesamt für Landwirtschaft etc.), dem Bauernverband, Uniterre, eigenen Experten (wie Biobauer und alt Nationalrat Andrea Hämmerle) bzw. unseren befreundeten Organisationen der Agrarallianz.

In den weiteren Sitzungen widmete sich die Fachkommission dem Thema Qualitätsstrategie und ihrer Bedeutung für die Schweizer Landwirtschaft. In der Sommersession 2015 schliesslich wurde das aktuelle Thema des Milchpreiserfalls (Schweizer Milchpreis im freien Fall. Was geht schief?) mit Vertretern des Bundesamtes für Landwirtschaft sowie der Schweizer Milchbauern diskutiert und Lösungsansätze ausgelotet. In der Herbstsession 2015 schliesslich beugte sich die Fachkommission in einer gemeinsamen Sitzung mit der Fachkommission Wirtschaft und Finanzen über die Volksinitiative der Juso gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln (Nahrungsmittelspekulation (k)ein Problem?). Dabei tauschten die Initianten noch einmal ihre Argumente mit Vertretern der Rohstoffbranche, der Hilfswerke sowie der Wissenschaft aus.

Die Fachkommission wird gemeinsam von NR Beat Jans und Co-Präsident NR Jacques-André Maire präsiert. Da Jacques-André Maire seit Beginn der neuen Legislatur nicht mehr in der zuständigen Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) sitzt, hat er darum gebeten, anlässlich der nächsten Delegiertenversammlung aus der Verantwortung entlassen zu werden. Damit sichergestellt ist, dass der zuweilen feststellbare „Röstigraben“ in Agrarfragen innerhalb der Partei zumindest etwas verringert werden kann, hoffen wir auf eine Nachfolgekandidatur aus der Romandie .

*Co-Präsidenten: Beat Jans und Jacques-André Maire
Politischer Fachsekretär: Luciano Ferrari, luciano.ferrari@spschweiz.ch*

Fachkommission für Aussenpolitik

Die Fachkommission hat sich im Berichtszeitraum an 9 Sitzungen mit folgenden Themen befasst:

Am **3. März 2014** diskutierten wir die Frage „**Wie weiter nach dem Ja zur Abschottungsinitiative?**“

Nach einem Input von Botschafter Dominique Paravicini (EDA) bekräftigten wir die drei Leitlinien, um die Schweiz aus der europa- und migrationspolitische Sackgasse zu führen: 1. Gegen die Wiedereinführung des Saisonierstatuts – gegen jede Diskriminierung einer Gruppe von Arbeitnehmenden. 2. Keine Schwächung, sondern Stärkung der flankierenden Massnahmen. 3. Wir sind mitten in Europa und teilen die europäischen Werte – die SP kämpft weiterhin für die Erhaltung und den Ausbau der guten Beziehungen zur EU und ihren Mitgliedstaaten: (a) für mehr und ein besseres Europa; (b) die Personenfreizügigkeit muss europaweit nicht weniger frei, sondern fairer werden.

Am **2. Juni 2014** stand die Frage „**Was soll und kann die Schweiz zur Deeskalation der Ukraine-Krise beitragen?**“ im Zentrum. Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland bildete für die Schweiz ein Abseitsstehen oder teilnahmsloses Zusehen keine Option. Referenten waren Raphael Nägeli, Task Force OSZE-Vorsitz und Laurent Goetschel, Direktor Swisspeace.

Am **8. Sept. 2014** befasste sich die FK nach 80 Tagen Gaza-Krieg mit der Frage: „**Israel/Palästina: Wo stehen wir nach dem Waffengang? Welche Rolle kann die Schweiz im Friedensprozess spielen?**“ NR Carlo Sommaruga zog Bilanz einer Reise nach Israel-Palästina und Roland Steininger (AMS) stellte die Arbeit des EDA für Friedensförderung im Nahen und Mittleren Osten vor.

Am **24. November 2014** diskutierte die FK mit Jürg Staudenmann von Alliance Sud und Franz Perrez vom Bundesamt für Umwelt die Frage „**Wie die Entwicklungs- und Klimafinanzierung ab 2020 sicherstellen?**“. Der internationale Klimaschutz erfordert zusätzliche Mittel. Ein von der FK erarbeitetes Hintergrundpapier analysiert die Zahlen und weist auf das grosse Risiko hin, dass sich der Bundesrat dafür aus der Kasse der Gelder für öffentliche Entwicklungshilfe bedient.

Am **2. März 2015** fragte die FK „**Eritrea: Welche Menschenrechts-, Aussen- und Flüchtlingspolitik der Schweiz?**“ Mit Wolde Ammar (Eritrean People's Democratic Party); Anne Lugon-Moulin, Botschafterin EDA; Daniel Zollinger, Staatssekretariat für Migration; Tseghezeab Ghebremichael und Tesfagabir Ghebre, Dachorganisation eritreische demokratische Bewegung in der Schweiz.

Am **5. Mai 2015** ging es erneut um die „**Europapolitik: Wie die verlässlichen und guten Beziehungen zur EU weiterentwickeln?**“ Mit NR Barbara Gysi, SP-Vize-Präsidentin; NR Martin Naef, Ko-Präsident NEBS; Beat Ringger, Initiativkomitee RASA „Raus aus der Sackgasse“; Roger Nordmann, Vize-Präsident SP Fraktion; Astrid Epiney, Professorin für Europarecht.

Am **15. Juni 2015** ging es um „**Middle East North Africa MENA: Ist die Bundesratsstrategie gegenüber der MENA-Region von 2011 überholt?**“. Mit Gabriele Siegenthaler Muinde, DEZA; Nicolas Masson, Abteilung für menschliche Sicherheit AMS; Lisa Watanabe, ETH, Zentrum für Sicherheitsstudien CSS; Jürg Bischoff, NZZ Korrespondent.

Am **7. Sept. 2015** ging es um die Frage „**Wie Friedensförderung, Stärkung der Menschenrechte, Flüchtlingshilfe und Klimapolitik ohne Raubzug auf die Entwicklungshilfegelder ausbauen?**“ mit Dominique Favre, DEZA; Sabrina Dallafior, AMS; Eva Schmassmann, Alliance Sud.

Am **30. November 2015** prüfte die FK „**Wie die 17 SDG-Ziele der UNO-Agenda 2030 umsetzen? Vertiefte Diskussion am Beispiel Ziel 8 für menschenwürdige Arbeit**“ und

erarbeitete dazu ein Vorstosspaket. Referenten waren Botschafter Michael Gerber, DEZA; Roman Troxler, DEZA; Rolf Beyeler, UNIA; Felix Gnehm, SOLIDAR Schweiz.

*Präsident: Carlo Sommaruga, Vize-Präsident: Martin Naef
Politischer Fachsekretär: Peter Hug, peter.hug@spschweiz.ch*

Subkommission Schweiz – EU

Die Fachkommission für Aussenpolitik setzte an ihrer Sitzung vom 15. Juni 2015 die Subkommission Schweiz – EU ein. Die Möglichkeit, dass Fachkommissionen eigene Subkommissionen bilden, ist in Artikel 23 Absatz 1 der Statuten der SP Schweiz vorgesehen. Die Subkommission traf sich im Berichtszeitraum zu zwei Sitzungen:

An der konstituierenden Sitzung vom **20. August 2015** äusserte Gret Haller grundsätzliche Gedanken zum Verhältnis Schweiz-EU. Die Subkommission beschloss, als erstes Thema die Frage anzupacken „**Welche EU wollen wir? In welche Richtung soll sich die EU weiterentwickeln?**“. Dazu nahm Andi Rieger (UNIA und SGB-Vertreter im Europäischen Gewerkschaftsbund) an der zweiten Sitzung vom **27. Oktober 2015** Stellung; Peter Hug präsentierte eine erste Skizze für ein SP Positionspapier. (Dieses konnte anlässlich von zwei weiteren Sitzung im Februar 2016 zu Händen der Fachkommission für Aussenpolitik finalisiert und veröffentlicht werden). Zusätzlich reflektierte die Subkommission die laufende europapolitische Debatte in der Schweiz und der EU.

Präsidentin: Claudia Friedl

Politischer Fachsekretär: Peter Hug, peter.hug@spschweiz.ch

Fachkommission für Frieden und Sicherheit

Die Fachkommission hat sich im Berichtszeitraum an 7 Sitzungen mit folgenden Themen befasst:

Am **11. März 2014** vertiefte die FK das Thema „**Terrorismusbekämpfung zwischen Sicherheitsbedürfnissen und Wahrung der Menschenrechte – ein zentrales Thema der OSZE-Präsidentschaft der Schweiz**“ mit Jürg Lindenmann von der Direktion für Völkerrecht; Stephan Husy, Sonderbotschafter für Terrorismusbekämpfung; und Daniel Möckli, Assistenzprofessor für Völkerrecht und Staatsrecht an der Universität Zürich.

Am **10. Juni 2014** ging die FK auf die Frage ein „**Wie den Einsatz von Schweizer Polizisten in Friedensmissionen der UNO, OSZE und EU ausbauen? Abbau praktischer und politischer Hindernisse im internationalen Kontext**“ mit Botschafter Claude Wild, Chef Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS); Daniel Fasnacht, Leiter Sektion Expertenpool für zivile Friedensförderung; Thomas Zuber, Kommandant der Kantonspolizei Solothurn; Paulo Costa, Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF), Leiter DCAF-Polizeireformprogramm.

Am **23. September 2014** diskutierte die FK „**Wie bedrohen Dschihadisten-Netzwerke und -Rückkehrer die Schweiz? Welche Herausforderung an die Politik?**“ Mit Paul Zinniker vom Nachrichtendienst des Bundes; Bruno Rösli, VBS, stv, Chef Sicherheitspolitik; Philipp Häsler, EDA, Politische Direktion, Abteilung IV Sicherheitspolitik, stellvertretender Chef Sektion Internationale Sicherheit (angefragt); Christian Nünlist, ETH, Zentrum für Sicherheitsstudien CSS.

Am **9. Dezember 2014** befasste sich die FK mit „**Cyber-Security: Vertrauensbildung und Transparenz statt Wettrüsten. Die Aussenpolitik der Schweiz und die Rolle der OSZE**“. Mit Michele Coduri, EDA, Abteilung Sicherheitspolitik; Laura Crespo, EDA, Internationale Sicherheit; Myriam Dunn Cavelty, ETH, Zentrum für Sicherheitsstudien CSS; Daniel Stauffacher, Präsident der ICT4Peace Foundation, ehem. Mitglied ICT Task Force von UN-Generalsekretär Kofi Annan.

Am **10. März 2015** vertiefte die FK das Thema „**Ukraine-Krise: welche friedens- und sicherheitspolitischen Perspektiven?**“ mit Prof. Ulrich Schmid von der Uni St. Gallen; Raphael Nägeli, Task Force OSZE-Vorsitz und Cécile Druet, Swisspeace, Programmleiterin Osteuropa.

Am **9. Juni 2015** ging es um „**Die Geschlechterdimension in der Friedenspolitik und der Konfliktbearbeitung (Gender Security – Bilanz und Perspektive der UNO-Resolution 1325**“ mit Regula Kuhn Hammer, im EDA zuständig für Chancengleichheit und Globale Gender-/Frauenfragen und Annemarie Sancar, Swisspeace, Programmleiterin Gender and Peace Building.

Am **8. Dezember 2015** stellte die FK die Frage „**Welche Friedenspolitik für die Schweiz?**“ Mit Roland Salvisberg, AMS, Chef Sektion Friedenspolitik; Derek Müller, DEZA, Leiter Abteilung Südasien/Konflikt und Menschenrechte; Geert van Dok, Caritas und Spezialist für Entwicklungszusammenarbeit in fragilen und konfliktbetroffenen Kontexten.

*Präsidentin: Evi Allemann, Vize-Präsident: Paul Günter
(beide treten per Ende 2015 von ihrem Amt zurück)
Politischer Fachsekretär: Peter Hug, peter.hug@spschweiz.ch*

Bildung in den Jahren 2014 und 2015

Im Jahr 2014 konnten verschiedene parteiinterne Bildungsprojekte umgesetzt werden. Highlight war dabei die erstmalige Durchführung einer SP-Sommeruni. Diese fand unmittelbar in Anschluss und am selben Ort wie das JUSO-Sommerlager statt. Über 130 Personen waren während vier Tagen im Walliser Bergdorf Chandolin um über eine grosse Vielfalt an politischen und gesellschaftlichen Themen zu diskutieren. Da die Durchführung dieses Pilotprojektes sehr erfolgreich war, fand seither jeden Sommer eine solche Sommeruni statt und sie ist inzwischen ein wichtiges Identitätsmerkmal der SP. Aus Kapazitätsgründen musste allerdings in der Folge das Nachwuchsförderprogramm „Junge Perspektiven“ aufgegeben werden. Mit der Sommeruni kann dieser Verlust aber, wenn auch in einer anderen Form, wettgemacht werden.

Für die Kampagne zur Öffentlichen Krankenkasse, die im Herbst 2014 zur Abstimmung kam, wurde ein Bildungsmodul ausgearbeitet sowie Referentinnen und Referenten geschult, die das Modul in ungefähr 80 Sektionen durchführten. Die Sektionen konnten dabei zwischen einer Kurzpräsentation oder einem 45- bzw. 90-minütigen Bildungsmodul wählen. Für das Jahr 2015 wurde ein 90-minütiges Bildungsmodul mit dem Titel „Steuerpolitik – Bürgerliche Denkmuster und unsere Alternativen“ erarbeitet. Dieses wurde in knapp 40 Sektionen durchgeführt. Ende 2015 wurde ein weiteres Bildungsmodul zur Spekulationsstopp-Initiative ausgearbeitet, welches in Zusammenarbeit mit der JUSO im Januar 2016 in über 80 Sektionen durchgeführt wurde.

Im Herbst 2014 fand in Olten eine viertägige Schulung für Funktionärinnen und Funktionäre der deutschschweizerischen Kantonal- und Stadtparteien statt. Zielgruppe waren ausdrücklich die „Profis“, daher die bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Thematisiert wurden dabei sowohl inhaltliche (z.B. Geschichte der Sozialdemokratie) wie handwerkliche (z.B. Projektmanagement) Aspekte. Im Dezember 2015 fand für die Romandie analog dazu eine zweitägige Schulung in Lausanne statt. Die ersten beiden Sektionshandbücher zu „Kampagnen und Kommunikation“ sowie „Sektionsarbeit“ sind 2014 auf Deutsch erschienen. Folgen sollen davon Adaptionen für die Romandie und ein weiteres Sektionshandbuch zum Thema „Mitgliederwerbung und -betreuung“.

Für die Nationalratskandidatinnen und -kandidaten gab es im Vorfeld der Wahlen insgesamt drei halbtägige Schulungsangebote zu Rhetorik und Sozialen Medien.

Begleitet wurde diese Arbeiten durch die Begleitgruppe Bildung, welche sich in den beiden Berichtsjahren zu sieben Sitzungen traf und dabei wichtige Ideen und Rückmeldungen zu den verschiedenen Bildungsangeboten gab. Auf das Jahr 2015 wurde zudem die Stelle des Bildungsverantwortlichen geschaffen, diese Person trägt die Verantwortung für die Koordination und Durchführung der verschiedenen Bildungsprojekte. Im Jahr 2015 standen dafür 50 Stellenprozente zur Verfügung.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Kantonal- und Stadtparteien trafen sich an sieben Koordinationskonferenzen. Diese finden jeweils am Vortag der Delegiertenversammlungen der SP Schweiz statt und dienen der optimalen Vernetzung mit der SP Schweiz sowie der Koordination der Aktivitäten im Rahmen von Abstimmungs- und Wahlkampagnen.

Mitgliederentwicklung

Mitgliederbestände seit 1995

Kanton	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	+/- in %	2013	+/- in %	2014	+/- in %	2015	+/- in %	2016	+/- in %
Aargau	3138	2854	2543	2508	2451	2329	2345	2310	2247	2212	-1.6%	2179	-1.5%	2152	-1.2%	2148	-0.2%	2153	0.2%
Appenzell IR										0		17		20	17.6%	20	0.0%	15	-25.0%
Appenzell AR	170	159	214	225	226	225	231	226	233	233	0.0%	222	-4.7%	213	-4.1%	206	-3.3%	215	4.4%
Basel Land	1550	1459	1423	1364	1384	1381	1372	1338	1294	1292	-0.2%	1268	-1.9%	1230	-3.0%	1205	-2.0%	1216	0.9%
Basel Stadt	947	936	908	872	821	835	833	744	848	812	-4.2%	789	-2.8%	764	-3.2%	753	-1.4%	806	7.0%
Bern	10580	9148	8285	8234	7930	7657	7394	7217	7034	6980	-0.8%	6783	-2.8%	6499	-4.2%	6372	-2.0%	6281	-1.4%
Fribourg	814	963	744	774	833	854	861	782	851	923	8.5%	973	5.4%	882	-9.4%	864	-2.0%	897	3.8%
Genève	799	855	767	814	849	907	598	790	825	873	5.8%	949	8.7%	962	1.4%	934	-2.9%	946	1.3%
Glarus	221	222	216	215	214	208	202	184	177	172	-2.8%	166	-3.5%	169	1.8%	165	-2.4%	161	-2.4%
Graubünden	586	568	600	600	620	588	598	611	617	617	0.0%	606	-1.8%	602	-0.7%	618	2.7%	629	1.8%
Jura	611	514	486	494	494	484	484	496	488	485	-0.6%	482	-0.6%	486	0.8%	485	-0.2%	480	-1.0%
Luzern	842	855	831	833	787	808	814	766	761	779	2.4%	770	-1.2%	766	-0.5%	787	2.7%	923	17.3%
Neuchâtel	1071	964	970	928	954	949	1044	950	961	934	-2.8%	943	1.0%	915	-3.0%	888	-3.0%	854	-3.8%
Nidwalden	24	51	41	36	36	39	42	41	38	38	0.0%	38	0.0%	38	0.0%	43	13.2%	42	-2.3%
Oberwallis	166	245	253	239	216	213	215	182	179	180	0.6%	184	2.2%	189	2.7%	184	-2.6%	187	1.6%
Obwalden	0	109	152	149	146	141	139	129	145	144	-0.7%	142	-1.4%	129	-9.2%	131	1.6%	130	-0.8%
Schaffhausen	824	699	650	644	636	628	600	577	547	531	-2.9%	517	-2.6%	507	-1.9%	501	-1.2%	493	-1.6%
Schwyz	412	397	445	441	439	421	445	434	418	434	3.8%	455	4.8%	452	-0.7%	448	-0.9%	449	0.2%
Solothurn	3011	2744	2446	2460	2432	2380	2327	2182	2115	2073	-2.0%	2026	-2.3%	1971	-2.7%	1927	-2.2%	1881	-2.4%
St. Gallen	1609	1633	1631	1600	1613	1572	1502	1440	1412	1403	-0.6%	1429	1.9%	1388	-2.9%	1411	1.7%	1414	0.2%
Tessin	1474	1694	1455	1443	1446	1436	1432	1247	1298	1275	-1.8%	1195	-6.3%	1163	-2.7%	1170	0.6%	1164	-0.5%
Thurgau	858	785	743	721	724	742	718	693	702	669	-4.7%	702	4.9%	681	-3.0%	687	0.9%	655	-4.7%
Uri	190	187	184	182	178	178	181	177	178	182	2.2%	184	1.1%	184	0.0%	183	-0.5%	189	3.3%
Valais romand	576	576	594	601	547	554	561	565	488	487	-0.2%	484	-0.6%	514	6.2%	589	14.6%	596	1.2%
Vaud	2107	1980	1700	1813	1855	1912	2000	1952	2053	2103	2.4%	2037	-3.1%	2015	-1.1%	1965	-2.5%	2025	3.1%
Zug	271	240	244	244	240	244	227	211	209	207	-1.0%	201	-2.9%	209	4.0%	215	2.9%	225	4.7%
Zürich	6159	5830	5661	5457	5274	5179	5189	5144	5108	4996	-2.2%	4871	-2.5%	4815	-1.1%	4854	0.8%	4948	1.9%
SP International														74		85	14.9%	108	27.1%
SP Schweiz														45		42	-6.7%	40	-4.8%
Schweiz	39010	36667	34186	33891	33345	32864	32354	31388	31226	31034	-0.6%	30612	-1.4%	30034	-1.9%	29880	-0.5%	30122	0.8%

Kommentar zur Mitgliederentwicklung

Die SP ist eine Bewegungs- und Mitgliederpartei. Umso schmerzlicher ist der kontinuierliche Verlust von Mitgliedern seit den 1990er Jahren und zwar in bewegungspolitischer wie auch in finanzieller Hinsicht. Sinkende Mitgliederzahlen sind jedoch keine SP-spezifische Entwicklung; sie treffen alle etablierten Parteien. Seit den 1970er Jahren sinkt die Parteibildung in ganz Europa. Vor diesem Hintergrund erfreulicher ist der Gegentrend des Jahres 2015 eine kleine Sensation. Zum ersten Mal seit über 20 Jahren hat die SP Schweiz gesamthaft wieder an Mitgliedern gewonnen (0,8%). Heute engagieren sich 30'122 Mitglieder in über 800 Sektionen und 27 Kantonalparteien.